Objekttyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **34 (1955)**

Heft 5-6

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

34. JAHRGANG
HEFT 5/6
MAI/JUNI

ROTE REVUE

MAX WEBER

Ein neuer Kampf um die Bundesfinanzen

Einseitige Finanzierung des Bundes

Der schweizerische Bundesstaat hatte von seiner Gründung im Jahre 1848 bis zum Ersten Weltkrieg eine einzige Finanzquelle von Bedeutung: die *Zolleinnahmen*. Es fielen ihm daneben noch die Überschüsse der Post- und Telephonverwaltung zu, die aber damals sehr gering waren. Auch die Militärpflichtersatzabgabe, die seit 1874 zur Hälfte dem Bund zukam, brachte ihm nicht viel ein, etwa ein bis zwei Millionen Franken jährlich. 80 bis 90 Prozent der Verwaltungseinnahmen des Bundes, ja in einzelnen Jahren bis zu 95 Prozent, flossen aus den Zöllen.

Diese einseitige Finanzierung bereitete dem Bundesrat viel Sorgen, denn die Zolleinnahmen waren abhängig von den Handelsverträgen und besonders auch von der Konjunktur. Sie stiegen allerdings beträchtlich an infolge der Einführung von Schutzzöllen. Doch bei rückläufiger Einfuhr entstanden große Ausfälle. In den Budgetbotschaften wurde daher oft von der Notwendigkeit neuer und stabilerer Einnahmenquellen gesprochen, wobei das Tabakmonopol im Vordergrund stand. Später begnügte man sich mit einer Tabaksteuer, die jedoch für die Sozialversicherung reserviert wurde.

Völlig unhaltbar wurde die Lage, als der Grenzschutz und die sozialen Maßnahmen während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 die Ausgaben des Bundes auf das Fünffache der Vorkriegszeit ansteigen ließ, während die Zolleinnahmen stark zurückfielen. Es mußten neue Finanzquellen gesucht werden. Man behalf sich in der Hauptsache mit außerordentlichen direkten Steuern, die zeitlich befristet waren: Kriegsgewinnsteuer, Kriegssteuer von 1915 und zweite Kriegssteuer, die von 1921 bis 1932 erhoben wurde.

Als *dauernde* Finanzquelle wurden dem Bund nur die *Stempelabgaben* einschließlich *Couponsteuer* zugewiesen, die aber nicht genügten, um eine Sanierung der Bundesfinanzen herbeizuführen. In den Krisenjahren wurde dank einem Initiativbegehren der Arbeiterbewegung die direkte Bundessteuer